

**KANTONS RATSPROTOKOLL**

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

15. Mai 2017
Andreas Hofer

**P 252 Postulat Klein Corinna und Mit. über den Notstand
medizinische Grundversorgung in der Luzerner Landschaft /
Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Corinna Klein hält an ihrem Postulat fest.

Corinna Klein: In meinem Postulat geht es um eine Sofortmassnahme, um den Missstand in der medizinischen Grundversorgung der Randregionen zu beheben. Gemäss dem vom Regierungsrat zitierten Postulat P 445 aus dem Jahr 2009 handelt es sich um eine langfristige Lösung, was strategisch nicht dasselbe ist. Die Arztpraxis Nebikon wurde in der Not unglücklich besetzt, nachdem kein junger Arzt einsteigen wollte. Das Ergebnis kennen wir. Der Vorgänger musste wieder übernehmen, ansonsten wäre die Region ohne Arzt gewesen. Jetzt ist wieder eine Notlösung gefunden worden: zwei Ärztinnen, eine ist knapp 60 Jahre alt, die andere ist bereits über 60 Jahre. Das kann keine nachhaltige Lösung sein. In Reiden wurde eine Gruppenpraxis als Anreiz für junge Nachfolger gegründet. Drei von sechs Ärzten sind jedoch über 65 Jahre alt. Einer ist altershalber ausgeschieden, er konnte allerdings durch eine junge Ärztin, jedoch nur in einem Teilzeitpensum, ersetzt werden. Der Arzt in Egolzwil ist über 65 Jahre alt, in Wauwil und Altishofen sind beide Ärzte über 60 Jahre alt. In Willisau präsentiert sich die Situation nicht anders. Deshalb braucht es eine Sofortmassnahme. In der Agglomeration Sursee und Neuenkirch haben sich glücklicherweise junge Ärzte niedergelassen. In anderen Regionen wie etwa dem Entlebuch sieht das Bild aber nicht besser aus, das Stadt-Land-Gefälle wird dort überdeutlich. Als vom Volk gewählte Politiker haben wir den Auftrag, seine Interessen zu vertreten. Die Verantwortung für das Gesundheitswesen in unserem Kanton obliegt der Regierung. Ich bitte um eine Sofortmassnahme für die Lösung des von mir geschilderten Problems, und nicht um mittel- oder langfristige Massnahmen.

Herbert Widmer: Die Aussage der Postulantin, dass in der medizinischen Grundversorgung des Kantons Luzern ein Notstand herrscht, ist weitgehend richtig. Beispiele wie die Gruppenpraxen Nebikon und Reiden müssen beachtet werden. Gewisse Entwicklungen mit dem Kauf vieler Praxen durch sogenannte Praxisgruppen wie die Migros und andere mehr, die Ausdehnung aller Spitäler im ambulanten Bereich und anderes mehr sind Gift für die Grundversorgung, ebenso der bundesrätliche Eingriff in das Tarifwesen mit rein quantitativen sprich finanziellen, nicht aber qualitativen Zielen. Die Ärztesgesellschaft hat das Postulat P 252 begrüsst, gab es doch dem Gesundheits- und Sozialdirektor die Gelegenheit, positiv Stellung zu nehmen zu bereits beschlossenen und zum Teil in Gang gesetzten Schritten wie das Medizinstudium in Luzern, das Luzerner Institut für Hausarztmedizin oder Community Care. Wir sind erfreut, dass 24 von 33 Absolventinnen und Absolventen des Praxisassistentenprogrammes im Kanton Luzern eine Praxistätigkeit in der Hausarztmedizin aufgenommen haben; weitere 32 sind auf dem Weg dazu. Auch das Projekt Curriculum Hausarztmedizin ist sehr gut angelaufen. 30 Assistenzärztinnen und -ärzte absolvieren dieses bis 2019. Diese Projekte sind im Gegensatz zur Aussage des Postulats bereits heute wirksam und sollen vom Kanton weiter finanziell unterstützt werden. Wir sind uns bewusst, dass kein weiteres Geld vorhanden ist, um weitere junge Mediziner

finanziell zu unterstützen. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion diesen Vorstoss – wie schon einen sehr ähnlichen vor zirka vier Jahren – trotz seiner sicher gut gemeinten Ziele ab, insbesondere auch um zu verhindern, dass junge Mediziner noch eine weitere Abhängigkeit eingehen, nämlich eine solche vom Staat.

Yvonne Zemp Baumgartner: Der Notstand in der medizinischen Grundversorgung, vor allem auf der Landschaft, ist bekannt. Wenn in Randzeiten ein Notarzt aus Luthern ins hintere Entlebuch reisen muss, ist die Grundversorgung tatsächlich gefährdet. Das Gesundheits- und Sozialdepartement nimmt sich dieser Thematik seit Jahren intensiv an und hat mit dem Institut für Hausarztmedizin und der Schaffung von Assistenzstellen bei Hausärzten einen wichtigen Schritt unternommen. Zudem will man das Problem mit Hilfe des neuen Masterstudiums in Medizin in Luzern und weiteren Massnahmen auf nationaler Ebene in den Griff bekommen. Das Hauptproblem liegt aber in erster Linie bei der Entschädigung der Tätigkeiten; Spezialärzte verdienen im Verhältnis zu den Hausärzten viel mehr. Das führt zu einer Negativspirale: Es gibt zu wenig Hausärzte, die Hausärzte haben immer mehr eine Triagefunktion und schicken die Patienten schneller zum Spezialarzt. Dadurch wird unser Gesundheitssystem doppelt verteuert. Es ist uns ein Anliegen, dass die Regierung diesbezüglich weiterhin am Ball bleibt und Massnahmen ergreift. Die individuelle Unterstützung von einzelnen Hausarztpraxen würde aber nur weiterhin ein System stützen, das grundlegender Änderungen bedarf. Die Rahmenbedingungen für Hausärzte müssen verbessert werden, im Gegenzug soll die Zulassung von Spezialärzten restriktiver werden. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab, weil der geforderte Lösungsansatz unserer Meinung nach nicht der richtige ist.

Gerda Jung: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Direkte finanzielle Anreize sind keine langfristigen Lösungsansätze. In den vergangenen Jahren sind hinsichtlich der bekannten Situation bereits verschiedene Massnahmen getroffen worden. Die Aufnahmekapazitäten für das Studium in Humanmedizin sind deutlich erhöht worden und sollen noch weiter erhöht werden. Schnellere und nachhaltigere Erfolge erzielen das Luzerner Institut für Hausarztmedizin und Community Care mit den Programmen Praxisassistent und Curriculum Hausarztmedizin. Im Bereich der Arztpraxen wurden ebenfalls vielerorts die Rahmenbedingungen verbessert. Die CVP erachtet den eingeschlagenen Weg als nachhaltig und konstruktiv.

Claudia Huser Barmettler: Die medizinische Grundversorgung muss im gesamten Kanton gewährleistet sein. Die Regierung ist sich dessen bewusst. Sofortmassnahmen finanzieller Art sind aber nicht der richtige Weg. Meiner Meinung nach handelt es sich um Subventionen für eine bestimmte Branche, und eigentlich sind die Gemeinden, ja sogar die Privatwirtschaft für diese Frage zuständig. Da es sich um ein gesellschaftspolitisches Thema handelt, kann man es aber auch nicht einfach der Privatwirtschaft überlassen. Die GLP unterstützt deshalb die vom Kanton bereits getroffenen Massnahmen. In die Bildung zu investieren, ist der richtige Weg. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Räto B. Camenisch: Vom Bund ist ein neues Tarifsysteem in der Vernehmlassung, durch das in den Arztpraxen rund 30 bis 50 Prozent weniger Einnahmen generiert werden. Für den Kanton Luzern bedeutet das, dass es für verschiedene Arztpraxen finanziell eng wird. Davon betroffen sind aber nicht die Spezialisten in der Stadt, sondern die Allgemeinärzte auf dem Land. Das Problem ist bereits akut, und es wird noch verschärft. Die ärztliche Versorgung nach dem bisherigen System wird es schwer haben. Anstelle der heutigen Modelle werden Investoren den ambulanten Bereich im Gesundheitssystem übernehmen. Die Investoren werden Praxen kaufen und Ärzte anstellen. So kommt es zu einer gewinnorientierten Medizin und zu einer qualitativen Verschlechterung der Grundversorgung. Was kann der Kanton dagegen tun? Der Kanton Luzern hat zwar schon Massnahmen ergriffen, aber es bedarf noch weiterer, sonst wird es die Idealvorstellung von einem Arzt, der Hausbesuche vornimmt, bald nicht mehr geben. Aus diesen Gründen enthält der Vorstoss auch einen finanziellen Aspekt. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären, damit die Regierung den Ernst der Situation erkennt und entsprechend handelt.

Beat Meister: Damit es zu einer Trendumkehr kommt, müssen junge Ärzte und Studenten angesprochen werden. Nur so kommt für sie auch die Allgemeinmedizin infrage, und sie werden in der Peripherie und auf der Landschaft tätig. Geschieht das nicht, gibt es schlussendlich doch zu wenige Hausärzte, auch wenn mehr Studienplätze zur Verfügung stehen. Bundesrat Alain Berset hat im Oktober 2014 eine Position für Hausärzte eingeführt, die ihnen finanziell sehr zugutekommt. Das reicht aber noch nicht aus. Viele junge Ärzte haben aus rein finanziellen Gründen nicht mehr den Mut, eine eigene Hausarztpraxis aufzubauen. Man könnte sie dabei jedoch finanziell unterstützen, indem diese neu eingeführte Position während der ersten fünf Jahre verdoppelt wird. Noch ein Wort zur Selbstdispensation. Ich bin seit 25 Jahren als Hausarzt tätig. Mein Gewinn rein aus dem Tarif entspricht dem Einkommen meiner langjährigen Praxisassistentin. Meine restlichen Einnahmen stammen aus den Medikamenten. Wenn man uns also im Kanton Luzern die Selbstdispensation wegnimmt, trifft man uns Mitten ins Mark. Ich bitte deshalb die Regierung, dass sie sich voll und ganz hinter die Selbstdispensation stellt.

Christina Reusser: Auch der Grünen Fraktion ist es wichtig, dass die medizinische Grundversorgung im ganzen Kanton ausreichend gewährleistet ist. Dafür soll sich unser Rat auch einsetzen. Wir unterstützen die in der Stellungnahme des Regierungsrates aufgeführten Bemühungen und den eingeschlagenen Weg. Wichtig ist aber, dass sich unser Rat beim nächsten Sparpaket nicht dazu verleiten lässt, in diesem Bereich Einsparungen vorzunehmen. Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat ab.

Guido Roos: Die medizinische Grundversorgung, konkret die Hausarztmedizin, ist auf der Landschaft stark unter Druck, speziell im Entlebuch und in der Region Willisau. Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf hat diese Tatsache schon vor Jahren erkannt und entsprechende Massnahmen getroffen. Es freut mich, dass sich Kantonsrätin Corinna Klein und die SVP-Fraktion für die medizinische Grundversorgung einsetzen und als Sofortmassnahme eine Anreizstrategie und somit finanzielle Mittel fordern, denn ich habe die SVP-Fraktion bei den letzten beiden Budgetdebatten diesbezüglich als sehr kritisch erlebt. Ich hoffe nun, dass die Forderungen des Postulats auch anlässlich der nächsten Budgetdebatten in Erinnerung bleiben.

Angela Pfäffli-Oswald: Ich bin erstaunt über die Forderungen des Postulats. Die Gewinnorientierung in der Medizin gibt es schon. Gute Hausarztpraxen, wie wir sie von früher kennen, sind dünn gesät. Das Problem liegt beim Tarifvertrag und dem Taxpunktwert sowie den verschiedenen Aufgaben, die nur noch einer Triagefunktion entsprechen. Die Patienten verlangen immer mehr nach Spezialisten. Das eigentliche Problem lag jedoch bei den langen Arbeitszeiten und beim Notfalldienst. Diesbezüglich hat der Kanton gute Lösungen gefunden, die zu einer grossen Entlastung der Hausärzte beigetragen haben. Laut einer Studie von „Medinside“ möchten junge Ärzte wieder zunehmend selbständig als Hausärzte tätig sein und nicht von einer Unternehmung angestellt werden. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich bin etwas überrascht über die Forderungen des Postulats; gerade die SVP hat sich letzte Woche anlässlich der Medienkonferenz zur Steuererhöhung darüber beschwert, dass die Gesundheitskosten zu hoch seien. Nun wird eine finanzielle Starthilfe verlangt. Der Kanton Luzern gibt sich Mühe, Kosten einzusparen, etwa mit Massnahmen wie „ambulant vor stationär“. Die SVP reicht auf Bundesebene Anfragen ein, ob der Kanton Luzern überhaupt über die entsprechenden Kompetenzen für solche Massnahmen verfüge. Der Ernst der Situation ist von der Regierung erkannt worden. Wir wollen auch bei der Medikamentenabgabe nichts ändern. Ich bin überzeugt, dass wir die Weichen korrekt gestellt haben. Ich erinnere auch daran, dass wir verschiedene Praxen in Zell, Flühl und Escholz matt mit Mitteln aus der Neuen Regionalpolitik (NRP-Darlehen) unterstützt haben. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 88 zu 14 Stimmen ab.